

LSV NRW, Kavalleriestraße 2-4, 40213 Düsseldorf

**Landtag NRW**  
**Verfassungskommission**  
**Postfach 10 11 43**  
**40002 Düsseldorf**  
per Mail an: [email@landtag.nrw.de](mailto:email@landtag.nrw.de)

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
16. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME**  
**16/2043**

A50

**phone**  
0211-330703

**fax**  
0211-330714

**email**  
[info@lsvnw.de](mailto:info@lsvnw.de)

**adresse**  
Kavalleriestraße 2-4  
D-40213 Düsseldorf

**internet**  
<http://www.lsvnw.de>

**bankverbindung**  
Stadtparkasse Düsseldorf  
BLZ 300 501 10

**konto**  
470 17 587

**anfahrt**  
Straßenbahn 704 und 709 bis  
Poststraße

01. September 2014

## **Stellungnahme der LSV NRW zur Reform der NRW-Verfassung - Themenkomplex "Partizipation" -**

### Vorüberlegungen zur Partizipation in der Demokratie

In Konzepten zum "Demokratie-Lernen" im Rahmen der politischen Bildung wird der Demokratie-Begriff in folgenden Dimensionen thematisiert:

- Demokratie als **Lebensform**
- Demokratie als **Gesellschaftsform**
- Demokratie als **Herrschaftsform.**

In der Dimension **Lebensform** geht es um das Einüben und Erfahren von z.B. Individualität, Selbstverwirklichung, Gleichberechtigung bis hin zu sozialer Verantwortung.

Nur wenn diese Aspekte bereits im frühen Lebensalter erfahren, eingeübt und thematisiert werden, können diese Werte in ihrer Sinnhaftigkeit erlebt und in komplexere Strukturen transportiert werden.

Die Dimension **Gesellschaftsform** erhöht den Komplexitätsgrad zu Aspekten wie Pluralismus, Konflikt, Konkurrenz, Offenheit, Öffentlichkeit: Das gesellschaftliche Leben in Gruppen, Interessengemeinschaften und das Aushalten von Andersartigkeit (Vielfalt), die öffentliche Diskussion und Beteiligung sind konstitutive Elemente.

Unter der Dimension **Herrschaftsform** wird die Suche nach einem Herrschaftssystem verstanden, das die beiden anderen Formen (als Voraussetzungen) garantiert: Als zentrale Zielorientierungen sind z.B. Menschenrechte, Volkssouveränität, verbindliche Entscheidungen

(Wahlen, Plebiszite, ...), Rechtsstaat zu nennen.

Eine Verfassung, die die/den mündige/n BürgerIn in einem demokratischen System postuliert muss diese Zusammenhänge thematisieren, reflektieren und handlungsorientiert umsetzen:  
Nur, wer demokratische, partizipative Lebensformen kennen, schätzen lernt und früh einübt, kann formalisierte demokratische Strukturen verstehen und sich für sie engagieren.

### Folgerungen

Menschen jeden Alters müssen in diesen partizipativen Formen geübt werden, mit ihnen konfrontiert und leben können. Wann immer über Menschen entschieden wird, müssen die betroffenen Menschen aktiv beteiligt werden. Der Einübung der Demokratie als Lebensform/Gesellschaftsform entspricht die Beteiligung an formalisierten Strukturen.

Ein Teil dieses demokratischen Werdegangs sind die **Wahlen**. Im Landtag werden z.B. viele Entscheidungen, welche auf das Leben der jungen Menschen großen Einfluss haben, getroffen. Doch momentan wird den jungen Menschen die Partizipation im politischen System verwehrt. Lernt ein Jugendlicher z.B. (erst) mit 14 Jahren in der Schule das politische System kennen, erfährt er im selben Moment, dass er dieses Wissen praktisch nicht umsetzen kann und nicht wählen gehen darf. Kinder und Jugendliche sind sehr wohl in der Lage, kritisch zu denken und eigene Urteile zu bilden (vgl. die durchweg positiven Erfahrungen mit den kommunalen Kinder- und Jugendparlamenten). Erkenntnisse aus der Entwicklungspsychologie belegen, dass schon mit zwölf Jahren die Ausbildung solcher Fähigkeiten beginnt. Empirische Studien belegen, dass eine frühe Konfrontation mit und Beteiligung an demokratischen Verfahren zu einem höheren Maß an politischem Interesse führt.

Politiker beklagen parteiübergreifend schon seit einigen Jahren die Politik- und Wahlverdrossenheit junger BürgerInnen. Beim so genannten „Erstwählercheck“ auf einem bekannten Privatfernsehsender werden dann junge Menschen wegen ihrer politischen Unkenntnis vorgeführt. Doch kann man sich über Menschen wundern, die sich nicht für ein System interessieren, das sie nicht von Anfang an in Entscheidungsprozesse einbindet? Mit einer Herabsetzung des Wahlalters könnte die Politik also auch hier ein Zeichen setzen.

Die LandeschülerInnenvertretung NRW fordert daher freie, gleiche und geheime Wahlen ab 14 Jahren für Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

Darüber hinaus sind **plebiszitäre Elemente** in der Verfassung zu stärken. Eine auf Wahlen reduzierte Partizipation muss in einem demokratischen System im obigen Verständnis als nicht ausreichend eingeschätzt werden. Die aktive Teilnahme an politischen Prozessen muss die Teilhabe an Entscheidungen beinhalten, die Forderung nach politisch gestärktem Interesse muss partizipative Beteiligungsformen eröffnen. Eine Stärkung der Beteiligung und Entscheidungsmöglichkeiten in Form von Volksinitiativen, - begehren und - entscheiden ist folglich notwendiges Ergebnis dieses Konzepts.

Über die (zuletzt stark beklagte) Stärkung nationalistischer Strömungen nach der Europawahl braucht man sich vor dem Hintergrund des vorgestellten und geforderten Demokratieverständnisses und Partizipationkonzepts nicht wundern:

Ein als anonym empfundenen System ohne Partizipationsmöglichkeiten wirkt fremd und kann in Ansatz und Intention sowohl von den betroffenen BürgerInnen als auch von den politischen EntscheidungsträgerInnen nicht positiv vermittelt werden. Auch hier bedarf es einer Stärkung der Partizipationsmöglichkeiten der BürgerInnen.